

raubte sie des Vorwandes, jederzeit in Deutschlands innere Verhältnisse einzugreifen. So z. B. beklagt sich gestern das „Echo de Paris“ über die deutsche Luftschiffindustrie; hier wäre eine Lücke im Friedensvertrag, Deutschland hätte nun bald die Möglichkeit, beliebig viel Flugzeuge zu bauen, die sich im Handumdrehen zu einer militärischen Waffe umändern ließen. Deutsch schimmert da der Wunsch durch, daß es Frankreich gegnügt sei, jederzeit einzugreifen und bestimmte Vorschriften zu machen. Man will den Kriegszustand verhängen, und da dies rechtlich nicht anders geschehen kann, zieht man dem Vertrag einen offenen Krieg vor. Nur durch beständigen Kriegszustand kann Frankreich seine gegenwärtige politische und militärische Überlegenheit wahren; sobald die Völker wieder in freien Wettbewerb treten, muß es notwendigerweise den Vorrang anderen überlassen. Geradezu vernichtend sind beispielsweise die Teilergebnisse der allgemeinen Volkszählung; in allen Departements ist ein gewaltiger Bevölkerungsrückgang zu verzeichnen, sogar Paris hat nicht zugenommen; nun aber wird Europa sich auf die Dauer nicht beherrschen lassen von einem 36-Millionen-Volk, das zudem den letzten Landmann — nebst vielen Fremden — innerhalb seiner Landesgrenzen hat.

Die März-Unruhen vor dem preußischen Landtage

Der preußische Landtag hat am Donnerstag seine Beratung wieder aufgenommen. Auf der Tagesordnung stand eine Interpellation über die kommunistischen Unruhen in Mitteldeutschland.

Abg. Graf Anklam (Dnat.) begründete die Interpellation. Er führte u. a. aus: Die Organe des Oberpräsidiums der Provinz Sachsen blühen zum Teil den Laubfrucht geduldet, zum Teil begünstigt, oftmals aber das Eingreifen der Schutzpolizei verweigert. Die Maßnahmen gegen die Aufwiegler seien, auch nachdem die Polizeidirektion eingeleitet worden war, nur höchst mangelhaft durchgeführt worden. Ganz besonders auffällig sei bei diesem Unruhen gewesen, daß fremdbürtige Führer eine so große Rolle spielen durften. Der schwerste Vorwurf, den man dem Minister Seevering machen müsse, sei, daß er das Eingreifen der Reichswehr verhindert habe. Das ganze Zustandekommen des Aufstandes und die Geschichte seiner Unterdrückung sei eine einzige Anklage gegen das Ministerium des Innern.

Abg. Eberlein (D. N. P.) richtete seine Angriffe gegen das Ministerium Seevering hauptsächlich wegen der Einrichtung der Sondergerichte. Die kommunistische Partei lehne jede Verantwortung für die Unruhen in Mitteldeutschland ab. Der Redner schloß seine Ausführungen mit der Forderung an das Proletariat „Auf zu neuem Kampf“.

Abg. Krüger-Potsdam (Soz.) beantragte die Beschränkung der Sondergerichte auf die Bezirke, in denen der Ausnahmezustand verhängt worden ist. Er verteidigte den angegriffenen Minister Seevering gegen den Vorwurf der Provoktion des kommunistischen Aufstandes. Die Rechtspflichten hätten das Verhalten der Kommunisten vorausgesetzt, um nach niedergebörtem Einspruch ihren eigenen Pflichten sofort nachzugehen zu können. Die Schutzpolizei sei ihrer Aufgabe durchweg gewachsen, ein Eingreifen der Reichswehr war daher durchweg erforderlich. Die weisse Märschierung der Polizei habe wesentlich dazu beigetragen, das Aufwiegeln auf beiden Seiten zu vermindern. Auf die Angriffe gegen den sozialdemokratischen Minister von rechts und links antwortete er nur: „Wären Sie zusammen die neue Regierung.“

Gegen die Führer der Kommunisten richtet Abg. Krüger schwere Angriffe wegen ihrer Zurückhaltung vor dem eigenen Kampfbild. Sie hätten alle vom höheren Ort aus die Bewegung geleitet und geführt.

Abg. Kleinmann (D. N. P.) verwurte die Politik der Kommunisten, die immer wieder mit Leben und Eifer vieler Tausender deutscher Arbeiter zusammen beschwörerische Ziele experimentierte. Wenn auch die Technik der Reaktionen der Kommunisten erst die Mittel zum Auffstand geliefert hat, so mußten diese doch das Wohlwollen ihres Aufstufes voraussetzen. Die U. G. P. verurteilt daher die Aktion der Kommunisten als ein Verbrechen.

Präsident Lehner gab bekannt, daß der Antrag Eberlein, der Regierung das Vertrauen zu entziehen, nicht genügend unterliegt sei. Der Antrag wurde daher gegen Widerspruch der Kommunisten von der Tagesordnung gestrichen. Die Fortsetzung der Beratung über die mitteldeutschen Unruhen findet in der Montagtagung, die um 12 Uhr beginnt, statt.

Mandatsverzicht Adolf Hoffmanns

Berlin, 14. April. (Eigener Drahtbericht.) Der kommunistische Abgeordnete Adolf Hoffmann hat sein Mandat zum Landtag niedergelegt. Damit scheidet aus dem preußischen Abgeordnetenhaus eines der letzten und populärsten Mitglieder aus. Die Gründe zur Mandatsniederlegung Adolf Hoffmanns sind rein persönlicher Natur. Er erklärt, daß er zu sehr mit Arbeit überlastet sei. Sein Reichstagsmandat gedenkt Hoffmann jedoch weiter zu behalten.

Die WTB. hierzu erwähnt, daß die Mandatsniederlegung ihren Grund darin, daß nach einem Beschluß der kommunistischen Fraktion kein kommunistischer Abgeordneter zwei Mandate innehaben darf.

Armbändchen

Von Hans Reimann.

Armbändchen werden von Säuglingen getragen. Manchmal stehen diese Säuglinge schon im betriebsfähigen Alter, aber Säuglinge sind sie dennoch. In vorliegender Skizze handelt es sich jedoch um die Armbändchen eines wackeligen Säuglings, und zwar um die Armbändchen der Frau Liesbeth Junk, das heißt: nicht um Frau Junkes Armbändchen, denn Frau Junk, das sagt schon der Name, ist längst kein Säugling mehr, sondern war es vor zwanzig Jahren, aber das geht uns hier nichts an. Aufmerksam nur an!

Die junge Frau Junk erwartete ihr erstes Kind. Frau Junk hat eine Freundin, die junge Frau Wödel. Erna Wödel. Das heißt: Frau Wödel und Frau Junk sind vor Jahr und Tag gemeinsam von der Schulbank gedrückt worden. Also Schulfreundinnen. Das heißt: als sie noch Mädchen waren. Freundinnen — im ja, das gibt es nicht unter Frauen. Die besten Freundinnen sind hinterm Rücken die größten Spinnwebtöchterinnen. Das Wort Freundin — das heißt bei Frauen — ist etwas Ähnliches wie der Schokoladenüberzug bei einem Handwärmemittel. Frau Junk und Frau Wödel sind natürlich auch keine Freundinnen. Aber sie tun so, als wären sie es. Uebrigens erwartet auch die junge Frau Wödel ihr erstes Kind, und das verteilt der eingebildeten Freundschaft einen gewissen Hauch.

Außerdem haben die Junkin und die Wödelin einander monatlich nicht gesehen, und das erhält die Freundschaft frisch. Die nun die Junkin die Wödelin wiederholt, nimmt sie die Aufforderung, ihr in die Wohnung zu folgen, an und stiehlt mit, und die Wödelin zeigt der Freundin alles das, was sie an Vorbereitungen für das freundliche Ereignis getroffen hat; zeigt ihr die Steckhaken, und die Bettchen und die Hemden und die Lätzchen und die übrigen Dinge mit einem „hen“. Für Wödel und solche, die es werden wollen. Das zeigt sie der Liesbeth. Und Liesbeth beschneidet das alles. Und wie sie das alles beschneidet und, als wäre es ihr eigen, im Vorgesens künstlicher Seligkeit durch die Finger gleiten läßt, da findet sie auch ein Paar Armbändchen, ein Paar von der Wödelin gebähtete Armbändchen.

„Wödelin!“ ruft sie — und muß das sofort ebenfalls haben. Sie erkennt sich, wie solche Reichen gemacht werden.

„Gebähtet werden die“, antwortet Erna, „das bringt du bestimmt fertig!“ Liesbeth ist nämlich im Handtag und in wirtschaftlichen Fragen nicht eben auf der Höhe. „Ach, fertig ist sie wohl, und den guten Willen hat sie ganz genug. Aber sie hängt alles beim verkehrten Ende an und traut sich nichts. Weiß sie sich in Küchenangelegenheiten unsicher, daß, hat sie ein volles Jahr lang jeden Mittag Kartoffelpuffer gemacht, das einzige, was sie perfekt beherrscht. Auch sonst. Jam Kartoffelkochen hat sie keinen Richter und kein Geb. Das ist allmorgens das gleiche Glas und ein ewiger Berger. Handarbeiten liebt sie schwärmerisch.

Aber sie kann keine. Bloß Kreuzstich. Diese Technik verwendet sie zur Ausschmückung von Lapphaken. Die bekommen alle etwas Schönes aufgestickt. Reißt Schornsteinfeger. Und hoheln kann sie auch. Allerdings nur die unterste Stufe dieser Kunst: feste und Luftmaschinen. Das ist alles. Der Wasserleitungsbahn ist nicht dicht, der Boden des Wödelnhauses durchgerostet. Reparatur wird nicht. Aber Schlicher kauft sich Liesbeth jede Woche einen neuen. Weil sie fürs Adrette ist und sich ganz anpaßt. Na, und da dachte sie sich das ganz prächtig mit den Armbändchen. Die sie wieder für Karleitz damit ausschmücken! Denn es sollte feststehend ein Schw werden.

Sie ließ sich also von der Wödelin in die Fabrikation der Armbändchen einweihen, fuhr in die Stadt, kaufte einen Strang blauer Seide, fuhr wieder heim, ließ alles stehen und liegen und häkelte das alles. Am Abend war sie fertig mit dem ersten Armbändchen. Als Herr Junk nach Hause kam, schwang ihm seine Gattin ein schwarzes Ringelgen unter die Nase. „Es ist nämlich nicht mehr blau aus. Die Güte war vor lauter Schw-Mühe gehen ins Schwimmen geraten. Dann gingen Junkin in ein Gasthaus essen. Liesbeth hatte doch keine Zeit gehabt zum Kochen.“

Im Gasthaus packte sie ihre Häkeln aus und arbeitete weiter. Das Strängchen reichte nicht. Um ein Paar Armbändchen herzustellen, bedurfte es eines zweiten Strängchens blauer Seide. Am frühen Morgen fuhr Frau Junk in die Stadt und ergrubte ihren Vorrat an blauer Seide. Dann kürzte sie sich von neuem in das Gasthaus des Häkelns von Armbändchen. Gegen Abend war das erste Paar fertig. Die junge Frau strahlte. Wohlige Würde Karleitz darin aussehend!

Von der Seide blieb etwa die Hälfte übrig. Erna, die Freundin, hatte wiederholt gedankt, was diese heutzutage nichts umkommen lassen. Jedes Fädchen sei wertvoll. Was macht man mit einem angegriffenen Strang hellblauer Seide? Verwendet werden muß sie, das ist fest. Ein heiliger Trieb zur Sparlichkeit erwacht in Frau Liesbeth Junk. Ohne Säumen nahm sie das zweite Paar Armbändchen in Angriff. Und häkelte bis der Strang aufgebraucht war. Die Seide reichte nicht. Liesbeth kaufte neue. Von dieser blieb ein Teil übrig. Liesbeth begann ein drittes Paar Armbändchen. Die Seide reichte nicht. Liesbeth kaufte neue. Und begann das vierte Paar Armbändchen. Von der Seide blieb ein gut Teil übrig. Liesbeth begann das fünfte Paar Armbändchen. Und kam sich bei alledem maßlos ökonomisch und praktisch vor.

Sie häkelte blindlings von früh bis in die Nacht. Sie häkelte ein Paar Armbändchen nach dem anderen. Sie häkelte sich um nichts in der Welt. Sie häkelte. Ihr Denken kreiste unentbehrbar um die Begriffe „Karleitz“ — „niedlich“ — „Seide“ — „sparsam sein!“ Sie hatte keine Zeit, Hemden und dergleichen zu nähen. Beim Häkeln des 23. Paares wurde sie von Wehen überfallen. Sie hatte sich an Eides Statt in den Kopf gesetzt, zwei Duzend Armbändchen fertig zu bringen. Sie machte vor Ergeiz. Als das Kind ankam, war das 24. Paar zu einem Viertel

Die Sanktionen und die Tschechei

Aus Prag wird uns geschrieben:

Noch ist die Entscheidung nicht gefallen, ob die Tschechoslowakei sich an den Sanktionen gegen Deutschland beteiligt. Doch, es muß festgestellt werden, daß in tschechischen Kreisen hierzu Neigung besteht. Der tschechische Chauvinismus legt sich wie ein toter Reiter vor die Augen der Tschechen und verunkelt ihren Blick für die wirtschaftlichen Notwendigkeiten. Ja, man geht so weit, die Beteiligung an den Sanktionen als ein Gebot der Wirtschaft zu betrachten. Die „Prager Presse“ behauptet zwar, daß bei Nichtbeteiligung Polen und Jugoslawien der Tschechei den Absatzmarkt sperren könnten und daß die Industrie der Tschechei durch die Sanktionen ein ermäßigtes Übergewicht über die reichsdeutsche Industrie erlange. Diese Worte beziehen sich nur auf jenen Teil der tschechischen Industrie, der nach dem Osten exportiert, während die übrige Industrie, die einerseits von Deutschland Rohstoffe importiert, andererseits nach Reichsdeutschland exportiert, durch die Beteiligung an den Sanktionen auf das Schwerste getroffen wird. Es muß aber leider auch gesagt werden, daß ein Teil jener tschechischen Industrie, die sich wirtschaftliche Vorteile von den Sanktionen gegen Deutschland erhofft, die tschechische Regierung in ihrem Vorhaben noch bekräftigt.

Die Tschechei hat auf jeden Fall alle Vorkehrungen zu einem Vormarsch gegen Reichsdeutschland getroffen. Zunächst scheint Oberschlesien für etwaige militärische Operationen in Betracht gezogen zu werden, und zwar die Kreise Leobschütz und Ratibor, dann Olag, Habelschwerdt und Ziegenhals. Die Tschechen befürchten jedoch, daß ihnen Polen entgegenzutreten könnte. Neben den militärischen Operationen denkt man auch an solche wirtschaftlicher Natur.

Die deutsche Politik, die sich bisher in parlamentarischen Profeten erschöpfte, steht nun vor neuen Aufgaben. Es ist ausgeschlossen, daß die Tschechen gegen den Willen von dreieinhalb Millionen Deutschen es wagen könnten, ernstlich gegen das Deutsche Reich vorzugehen, wenn auch die französische Presse behauptet, daß die Tschechei sich an den Sanktionen beteiligen werde. Jetzt gilt es für die deutsche Politik zu zeigen, ob sie ein Nachbarkrieg im öffentlichen Leben der Tschechei ist oder ob sie sich selbst ausschalten will. In großen Kundgebungen müßten die Deutschen in allen Städten gegen eine Beteiligung der Tschechei demonstrieren, und der tschechischen Regierung müßte deutlich klar gemacht werden, daß ihr abenteuerliches Vorhaben auf den entschlossenen Widerstand aller deutschen Kreise stößt.

Die erste deutsche Partei, die sich mit dieser Orientierung der deutschen Politik beschäftigt hat, ist die deutsche nationalsozialistische Arbeiterpartei, deren Reichskonferenz am 10. April in Prag zusammentrat und die einstimmig den Beschluß faßte, dem parlamentarischen Verbande abzuziehen, gegen das Vorhaben der Tschechen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln aufzutreten. Die Partei hofft innerlich, für ihre Politik alle anderen nationalen Parteien, die selbst die Sozialdemokraten und Kommunisten zu gewinnen. Sollte der aus tiefstem nationalen Pflichtbewußtsein vorgebrachte Appell an das deutsche Gewissen fruchtlos verhallen, dann wäre die nationalsozialistische Partei entschlossen, aus dem parlamentarischen Verbande auszutreten, und einen, wenn auch kleineren, Block mit den national-republikanischen Parteien zu bilden. Die Mahnungen gegen diese Partei werden unter dem Leitgedanken stattfinden: „Gegen einen Krieg mit Deutschland, gegen die Beteiligung an den Sanktionen“.

Ausweichende Erklärungen Beneschs

Prag, 15. April. Am gestrigen Donnerstag fand im Ministerium des Auswärtigen eine bescheidene Sitzung statt, in der der Minister Dr. Benesch über die Sanktionen sprach. Nach dem Wortlaut der Erklärungen des Ministers scheint noch keine volle Klärung über das Verhalten der Tschechoslowakei zu bestehen. Minister Dr. Benesch sagte:

In bezug auf den bevorstehenden 1. Mai, wo die Eröffnungen stattfinden sollen, muß die Tschechoslowakei auf wichtige Ereignisse vorbereitet sein. Die eintreten könnten, wenn es wirklich zu einer neuen Konferenz kommen oder wenn die Entente zu neuen Maßnahmen schreiben sollte, welche nach der Rede des Ministerpräsidenten Brian vorbereitet werden. Ueber die Art dieser neuen Vorschläge kann man sich heute schwer aussprechen. Was die Ereignisse in Magyaren angeht, so meinte der Minister, daß diese auf die inneren Verhältnisse Magyars lange einwirken werden. Schon heute besteht eine politische Krise in Ungarn, welche lange andauern wird. Die Tschechoslowakei muß die Begebenheiten scharf im Auge behalten, um auf alles vorbereitet zu sein.

In der Debatte sprach sich der kommunistische Abgeordnete Sank über die Unklarheiten der Äußerungen des Ministers Dr. Benesch aus in bezug auf die Sanktionen. Er fragte, inwieweit die Tschechoslowakei in der Sanktionsfrage frei handeln könne und ob die Tschechoslowakei sich dem Druck der Entente widersetzen könne. Er erklärte im Namen der kommunistischen Partei, daß er gegen jedwede Sanktionen sei.

Die deutschfreundschaftlichen Abgeordneten Ledgeman und Kaska sprachen sich ebenfalls scharf im Namen der Tschechoslowakei

gegen die Sanktionen aus. Die letzten Vorgesänge in Ungarn erachten sie als eine innerpolitische Frage Ungarns.

In der Debatte beteiligten sich noch mehrere Abgeordnete. Jan Schick antwortete Minister Dr. Benesch auf mehrere Anfragen, die an ihn in bezug auf die Sanktionen gestellt worden waren. Er betonte, daß die Tschechoslowakei sich hauptsächlich nach den wirtschaftlichen Verhältnissen richten müsse. Die Regierung müsse einen solchen Weg einschlagen, der der internationalen Situation in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht gerecht wird.

Die Klage des Ministers Hermes

Der Fall Ramm-Angustia.

Berlin, 15. April. Gestern begann vor der 8. Strafkammer des Landgerichts I der Verteidigungsprozeß, den Reichsernährungsminister Dr. Hermes gegen den verantwortlichen Redakteur des „Vorwärts“ Dr. Bernhard Veiser angeklagt hat. Die Anklage wird von Staatsanwalt Gerlach vertreten. Die Verteidigung haben Rechtsanwalt Wolfgang Heine und Justizrat Werthauer übernommen. Reichsernährungsminister Dr. Hermes, der als Nebenkläger zugelassen ist und der Verhandlung beiwohnt, wird durch Geh. Justizrat v. Gordon vertreten. Als Zeugen sind u. a. gekauften Unterstaatssekretär Ramm und Staatssekretär Dr. Huber, ferner als Sachverständiger Professor Jeserich, um festzustellen, ob der Brief Ramm an den Minister Dr. Hermes, in dem Ministerialrat Augustin der Befehung gegeben wurde, echt oder gefälscht sei. Rechtsanwalt Heine erklärte, auf den Sachverständigen verzichten zu wollen, da der Prozeß des Ernährungsministers gegen die „Magdeburgerische Zeitung“ erwiesen habe, daß Staatssekretär Ramm tatsächlich, wie er immer behauptet, den Brief an Minister Dr. Hermes am 7. Mai geschrieben und abgeschickt habe. Geh. Rat Gordon erklärte dagegen, auf den Sachverständigen nicht verzichten zu können, da die Behauptung, der Brief des Staatssekretärs sei im Ernährungsministerium gefälscht worden, verworfen werden müsse.

Justizrat Werthauer beantragte sodann eine kurze Unterbrechung der Verhandlung, um die Strafsakten Dr. Augustins einsehen zu können. Nach Wiedereröffnung der Verhandlung teilte der Vorsitzende mit, daß der Zeuge Regierungsrat Engelke vom Ernährungsministerium infolge einer Wundarmverletzung nicht vor Gericht erscheinen könne. Rechtsanwalt Heine stellte daraufhin den Antrag, die Verhandlung zu vertagen, da er auf den Zeugen Engelke keineswegs verzichten könne. Das Gericht zog sich zu einer kurzen Beratung zurück und vertagte dann die Verhandlung auf Montag, den 16. Mai.

Die ungleiche Bezahlung der Eisenbahner

Berlin, 15. April. (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Unter den preußischen, badischen, sächsischen und oberrheinischen Eisenbahnbeamten und -arbeitern ist zur Zeit eine Bewegung im Gange, die bei weiterer Ausbreitung der Verreichlichung der Eisenbahn nicht gerade förderlich sein kann. Bei der Regelung der Bezahlungreform, besonders bei der Bezahlungsbefreiung der Beamten und Wärttemberg für seine Beamten gewisse Sonderprivilegien herausgehoben versucht, die sich mit dem Wesen der Bezahlungreform unvereinbar lassen. Man nahm fast allgemein eine Vordatierung des Beamten-Dienstalters vor und erreichte auf diese Art und Weise, daß in Süddeutschland mit Ausnahme Baden Beamte gewisser Kategorien so in eine höhere Gehaltsstufe eingegliedert wurden, als es sonst im Reich der Fall gewesen ist. Die sehr langwierigen Verhandlungen haben schließlich dazu geführt, daß Bayern und Württemberg auf Grund der im Staatsvertrag bezüglich der Übernahme der Eisenbahn auf das Reich vorgegebenen Klausel von den allgemeinen Abmachungen zurückgetreten sind. Die preußischen, badischen und sächsischen Eisenbahner fühlen sich nun durch die den süddeutschen Beamten gegenüber zugestandenen finanziellen Vorteile geschädigt und glauben, daß sie bei einem Zurücktreten vom Reichsdienst in den Dienst ihrer Länder gleiche oder Ähnliche Vorteile erlangen könnten wie die süddeutschen Eisenbahner. Die Erbschaftsorganisationen haben als Vertreter der Beamten und Arbeiter im Reichsernährungsministerium wie auch der Reichsregierung über die Stimmung unter den Beamten Mitteilung gemacht. Die Verhandlungen mit den zukünftigen Vertretern der Reichsbesitzer haben bis jetzt kein positives Ergebnis gezeitigt, und so ist eine gewisse Spannung der Lage eingetreten, umso mehr, als nun die Reichseisenbahner verlangen, daß ihre Bezüge wenigstens annähernd der Bezahlung der süddeutschen Beamten angepaßt werden.

Am Satze der früheren Kaiserin wird die Demokratische Partei zugleich im Namen ihrer Reichstags- und Landtagsfraktion einen Antrag niederlegen lassen, der die Instandhaltung in dankbarer Erinnerung an ein Leben voll Nächstenliebe und Wohltun.

Am Satze der früheren Kaiserin wird die Demokratische Partei zugleich im Namen ihrer Reichstags- und Landtagsfraktion einen Antrag niederlegen lassen, der die Instandhaltung in dankbarer Erinnerung an ein Leben voll Nächstenliebe und Wohltun.

Am Satze der früheren Kaiserin wird die Demokratische Partei zugleich im Namen ihrer Reichstags- und Landtagsfraktion einen Antrag niederlegen lassen, der die Instandhaltung in dankbarer Erinnerung an ein Leben voll Nächstenliebe und Wohltun.

Am Satze der früheren Kaiserin wird die Demokratische Partei zugleich im Namen ihrer Reichstags- und Landtagsfraktion einen Antrag niederlegen lassen, der die Instandhaltung in dankbarer Erinnerung an ein Leben voll Nächstenliebe und Wohltun.

Am Satze der früheren Kaiserin wird die Demokratische Partei zugleich im Namen ihrer Reichstags- und Landtagsfraktion einen Antrag niederlegen lassen, der die Instandhaltung in dankbarer Erinnerung an ein Leben voll Nächstenliebe und Wohltun.

Am Satze der früheren Kaiserin wird die Demokratische Partei zugleich im Namen ihrer Reichstags- und Landtagsfraktion einen Antrag niederlegen lassen, der die Instandhaltung in dankbarer Erinnerung an ein Leben voll Nächstenliebe und Wohltun.

Am Satze der früheren Kaiserin wird die Demokratische Partei zugleich im Namen ihrer Reichstags- und Landtagsfraktion einen Antrag niederlegen lassen, der die Instandhaltung in dankbarer Erinnerung an ein Leben voll Nächstenliebe und Wohltun.

Am Satze der früheren Kaiserin wird die Demokratische Partei zugleich im Namen ihrer Reichstags- und Landtagsfraktion einen Antrag niederlegen lassen, der die Instandhaltung in dankbarer Erinnerung an ein Leben voll Nächstenliebe und Wohltun.

Am Satze der früheren Kaiserin wird die Demokratische Partei zugleich im Namen ihrer Reichstags- und Landtagsfraktion einen Antrag niederlegen lassen, der die Instandhaltung in dankbarer Erinnerung an ein Leben voll Nächstenliebe und Wohltun.

Am Satze der früheren Kaiserin wird die Demokratische Partei zugleich im Namen ihrer Reichstags- und Landtagsfraktion einen Antrag niederlegen lassen, der die Instandhaltung in dankbarer Erinnerung an ein Leben voll Nächstenliebe und Wohltun.

Am Satze der früheren Kaiserin wird die Demokratische Partei zugleich im Namen ihrer Reichstags- und Landtagsfraktion einen Antrag niederlegen lassen, der die Instandhaltung in dankbarer Erinnerung an ein Leben voll Nächstenliebe und Wohltun.

Am Satze der früheren Kaiserin wird die Demokratische Partei zugleich im Namen ihrer Reichstags- und Landtagsfraktion einen Antrag niederlegen lassen, der die Instandhaltung in dankbarer Erinnerung an ein Leben voll Nächstenliebe und Wohltun.

Am Satze der früheren Kaiserin wird die Demokratische Partei zugleich im Namen ihrer Reichstags- und Landtagsfraktion einen Antrag niederlegen lassen, der die Instandhaltung in dankbarer Erinnerung an ein Leben voll Nächstenliebe und Wohltun.

Am Satze der früheren Kaiserin wird die Demokratische Partei zugleich im Namen ihrer Reichstags- und Landtagsfraktion einen Antrag niederlegen lassen, der die Instandhaltung in dankbarer Erinnerung an ein Leben voll Nächstenliebe und Wohltun.

Am Satze der früheren Kaiserin wird die Demokratische Partei zugleich im Namen ihrer Reichstags- und Landtagsfraktion einen Antrag niederlegen lassen, der die Instandhaltung in dankbarer Erinnerung an ein Leben voll Nächstenliebe und Wohltun.

Am Satze der früheren Kaiserin wird die Demokratische Partei zugleich im Namen ihrer Reichstags- und Landtagsfraktion einen Antrag niederlegen lassen, der die Instandhaltung in dankbarer Erinnerung an ein Leben voll Nächstenliebe und Wohltun.

Am Satze der früheren Kaiserin wird die Demokratische Partei zugleich im Namen ihrer Reichstags- und Landtagsfraktion einen Antrag niederlegen lassen, der die Instandhaltung in dankbarer Erinnerung an ein Leben voll Nächstenliebe und Wohltun.

Am Satze der früheren Kaiserin wird die Demokratische Partei zugleich im Namen ihrer Reichstags- und Landtagsfraktion einen Antrag niederlegen lassen, der die Instandhaltung in dankbarer Erinnerung an ein Leben voll Nächstenliebe und Wohltun.

Am Satze der früheren Kaiserin wird die Demokratische Partei zugleich im Namen ihrer Reichstags- und Landtagsfraktion einen Antrag niederlegen lassen, der die Instandhaltung in dankbarer Erinnerung an ein Leben voll Nächstenliebe und Wohltun.

Am Satze der früheren Kaiserin wird die Demokratische Partei zugleich im Namen ihrer Reichstags- und Landtagsfraktion einen Antrag niederlegen lassen, der die Instandhaltung in dankbarer Erinnerung an ein Leben voll Nächstenliebe und Wohltun.

Am Satze der früheren Kaiserin wird die Demokratische Partei zugleich im Namen ihrer Reichstags- und Landtagsfraktion einen Antrag niederlegen lassen, der die Instandhaltung in dankbarer Erinnerung an ein Leben voll Nächstenliebe und Wohltun.

Am Satze der früheren Kaiserin wird die Demokratische Partei zugleich im Namen ihrer Reichstags- und Landtagsfraktion einen Antrag niederlegen lassen, der die Instandhaltung in dankbarer Erinnerung an ein Leben voll Nächstenliebe und Wohltun.

Am Satze der früheren Kaiserin wird die Demokratische Partei zugleich im Namen ihrer Reichstags- und Landtagsfraktion einen Antrag niederlegen lassen, der die Instandhaltung in dankbarer Erinnerung an ein Leben voll Nächstenliebe und Wohltun.

Am Satze der früheren Kaiserin wird die Demokratische Partei zugleich im Namen ihrer Reichstags- und Landtagsfraktion einen Antrag niederlegen lassen, der die Instandhaltung in dankbarer Erinnerung an ein Leben voll Nächstenliebe und Wohltun.

Die Kl...
wenn d...
Die...
Firma...
wagen...
klücker...
wagor...
folgt...
die G...
rang...
wider...
ber...
Eich...
B. vom...
die...
Bahn...
gleiche...
strei...
rang...
klag...
gab...
die...
Die...
dahin...
De...
verein...
dem B...
ferung...
k 8 n...
Lieber...
nicht...
stand...
wähle...
nicht...
d u r...
Daß...
schen...
Wagen...
währe...
werde...
Fabrik...
weiter...
und de...
der...
aus...
klag...
barung...
weber...
Sach...
der...
verh...
d a m...
feru...
trago...
14. M...
als...
wie...
herv...
(Aktion...
erst...
15. G...
16. G...
6.02...
Mill...
Stoll...
beson...
Den...
Für...
Bila...
Bank...
und...
ap...
Die...
einer...
Vorl...
tigt...
Lux...
kro...
den...
die...
terze...
Aus...
bung...
die...
mit...
gemäß...
eben...
Cuff...
Scha...
Es...
Wona...
glieder...
den...
das...
er...
und...
kän...
eng...
mit...
abien...
im...
E...
Paris...
in...
Min...
idast...
die...
Ne...
Plagi...
Pende...
E...
York...
Führ...
Wider...
welch...
Viel...
und...
im...
St...
richt...
im...
Reg...
Ber...
steig...
von...
graph...
Bie...
nehm...
Die...
b